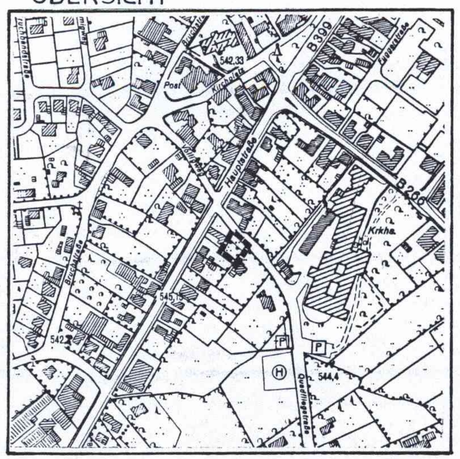
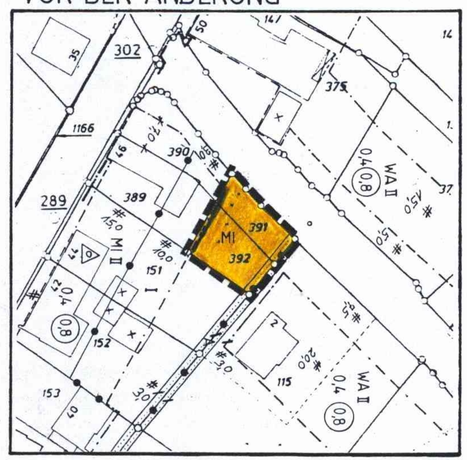
ÜBERSICHT



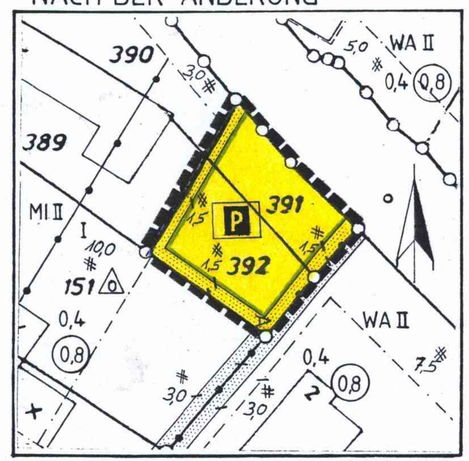
M. 1:5000

VOR DER ÄNDERUNG



M. 1:1000

NACH DER ÄNDERUNG



M. 1:500

GEMEINDE SIMMERATH
BEBAUUNGSPLAN 115 A
5. vereinfachte Änderung

GEMARKUNG: SIMMERATH
FLUR: 4
FLURSTÜCKE: 391, 392

Kartenunterlage

- 23 Wohngebäude
- × Wirtschaftsgebäude
- Flurstücksgrenze
- Hydrant
- Straßenbeleuchtung
- Kanalschacht
- Straßensinkkasten
- Rundmast/Gittermast
- W. ø cm → Wasserleitung
- FG. ø cm → Ferngasleitung
- 110 KV Hochspannungsleitung

Höhen bezogen auf NN

Art der baulichen Nutzung

MI Mischgebiet

Maß der baulichen Nutzung

Zahl der Vollgeschosse

II als Höchstgrenze

0,4 Grundflächenzahl

(0,8) Geschossflächenzahl

Bauweise/Baugrenze

o nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

Baugrenze

Verkehrsflächen

Verkehrsflächen

Begrenzung der Verkehrsflächen

P Öffentliche Parkflächen

Sonstige Darstellungen und Festsetzungen

Abgrenzungen unterschiedlicher Nutzung

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

A Geltungsbereich und Lagebestimmung A mit besonderen textlichen Festsetzungen der Ziffer 5.

Entwurf und Bearbeitung dieses Bebauungsplanes erfolgten durch die Gemeinde Simmerath.

Simmerath, den .....

.....
(Steins)
Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde Simmerath hat in der Sitzung vom ..... gem. § 2 (1) und (4) BauGB beschlossen, den Bebauungsplan Nr. ..... aufzustellen. Die Durchführung erfolgte nach § 13 BauGB.

Simmerath, den .....

....
Bürgermeister Ratsmitglied

.....
(Steins)
Gemeindedirektor

Dieser Bebauungsplan ist gemäß § 10 BauGB durch Beschluß des Rates der Gemeinde Simmerath vom ..... als Satzung beschlossen worden.

Simmerath, den .....

....
Bürgermeister Ratsmitglied

.....
(Steins)
Gemeindedirektor

Dieser Plan ist gemäß § 12 (2 - 5) des Baugesetzbuches durch Bekanntmachung vom ..... als Satzung in Kraft getreten.

Simmerath, den .....

....
Bürgermeister Ratsmitglied

.....
(Steins)
Gemeindedirektor

Die Beteiligung der Eigentümer, der von den Änderungen oder Ergänzungen betroffenen Grundstücke und den von den Änderungen und Ergänzungen berührten Träger öffentlicher Belange, gemäß § 13 BauGB erfolgte mit Anschreiben vom ..... und mit Fristsetzung bis zum .....

Rechtsgrundlagen

Es gelten das Baugesetzbuch in der Fassung vom 18.8.1976, die Baunutzungsverordnung in der Fassung vom 15.9.1977, die Landesbauordnung in der Fassung vom 15.7.1976, sowie die textlichen Festsetzungen in der zur Zeit gültigen Fassung.